

THEOLOGISCHE REVUE

116. Jahrgang

– Januar 2020 –

Kreß, Hartmut: Staat und Person. Politische Ethik im Umbruch des modernen Staates. – Stuttgart: Kohlhammer 2018. 294 S. (Ethik – Grundlagen und Handlungsfelder, 10), pb. € 42,00 ISBN: 978-3-17-026291-1

Der für seine liberalen Standpunkte insbes. in Fragen der Bioethik bekannte evangelische Theologe Hartmut Kreß hat mit dem vorliegenden Band eine aktuelle politische Ethik vorgelegt, die v. a. an die Positionen der beiden Rechtsgelehrten jüdischer Herkunft Hans Kelsen (1881–1973) und Hans Nawiasky (1880–1961) anknüpft und den „Primat der menschlichen Person“ zum Prinzip wählt. Der Staat darf weder religiös sakralisiert, noch nationalistisch überhöht, noch als eigene Rechtsperson hypostasiert werden, sondern muss radikal säkularisiert werden. Dann „wird der Staat als Mittel zum Zweck und als eine *norma normata* eingestuft, für welche die menschliche Person die *norma normans* bildet“ (255). K. entfaltet diesen Gedanken sowohl im Rückbezug auf verschiedene historische Entwicklungen und Denker (Luther, Thomas Morus, Machiavelli, Thomas Hobbes, John Locke, Moses Mendelssohn u. a.) als auch in der Auseinandersetzung mit staatstheoretischen Gegenpositionen (z. B. Carl Schmitt und Rudolf Smend) und mit Hilfe von Ansätzen, die seine liberale Auffassung stützen, wie beispielsweise Wilhelm Humboldt, Max Weber und die genannten Nawiasky und Kelsen. Weniger liberale oder konservative Positionen, wie sie sich sowohl in der evangelischen (Karl Barth, Friedrich Schleiermacher) als auch in der katholischen Denktradition (Ernst Wolfgang Böckenförde, Josef Isensee) finden, werden heftig kritisiert. In einem kleinen Exkurs arbeitet K. sogar explizit eine „Nachbarschaft“ von Carl Schmitt und Karl Barth heraus (84–86).

Der „Primat der menschlichen Person“ lässt sich nach K. auch als Kriterium für die Beurteilung gegenwärtiger politisch-ethischer Einzelfragen verwenden. Sein Ansatz hat dabei sowohl sozial- als auch individualethische Konsequenzen. Die Institutionen des politischen Systems müssen so eingerichtet werden, dass die Freiheitsrechte des Einzelnen so weit als möglich geschützt und jeder staatliche Paternalismus, jede Bevormundung des/r Bürgers/in vermieden wird. Die Demokratie muss ein Höchstmaß politischer Partizipationsmöglichkeiten garantieren, weshalb K. auch für den Ausbau plebiszitärer Verfahren direkter Demokratie eintritt. Die Person ins Zentrum zu rücken, bedeutet aber auch auf individualethischer Ebene, die persönliche Verantwortung von Angehörigen gesellschaftlicher Funktionsebenen und insbes. von Berufspolitikern zu betonen, weshalb er sich auch äußerst kritisch gegenüber dem in deutschen Parlamenten üblichen Fraktionszwang äußert.

K. wendet sich gegen einen seiner Meinung nach grassierenden staatlichen Neopaternalismus, wie er sich beispielsweise in den gesetzlichen Einschränkungen der Möglichkeiten der Fortpflanzungsmedizin oder bei den Grenzen für den assistierten Suizid zeigt. V. a. im Blick auf Entwicklungs- und Schwellenländer klagt er die nach wie vor existierende reale Versklavung von

Menschen an, die dringend überwunden werden müsse. Er fordert, die schon 2001 (!) vorgelegten migrationsfreundlichen Ergebnisse einer von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Zuwanderung“ endlich umzusetzen. Erstaunlich ausführlich diskutiert er auch die Frage, ob von künstlicher Intelligenz gesteuerte Roboter oder Tiere als Personen anzusehen seien. Er verneint in Bezug auf letztere die Frage, was aber nicht bedeute, Tiere dann einfach als „Sachen“ behandeln zu dürfen. Die letzten Seiten des Buches sind dem wichtigen Thema der Kinderrechte gewidmet, das K. in enger Verbindung zum Thema Zukunftsverantwortung entfaltet, da „an dem Interesse an Kinderrechten die Zukunftsdimension von Politik in besonders hohem Maße ablesbar wird. Durch die Wahrung der Rechte von Kindern wird über die Gegenwart hinaus auch für die Folgejahrzehnte der ‚Primat der Einzelperson‘ konkretisiert, auf den der moderne Staat politisch-ethisch verpflichtet ist.“ (74) K. tritt für eine explizite Aufnahme von Kinderrechten in das GG, für eine gezielte Bekämpfung der in Deutschland skandalös hohen Armut von Kindern und für eine verbesserte rechtliche Stellung von Kindern, insbes. auch von Flüchtlingskindern, ein. Er plädiert für die Einführung eines Kinderwahlrechts.

Das Buch ist gut zu lesen, bietet eine Fülle interessanter Materials und von wenigen Ausnahmen abgesehen überzeugend begründete ethische Positionen zu Grund- und Detailfragen politischer Ethik. Die starke Verschränkung von historischen Rückblenden, systematischen Darlegungen und aktuellen Bezügen lockert den Text auf, wirkt aber manchmal etwas willkürlich und unübersichtlich. Jedoch sind die aktuellen Bezüge zu Einzelfragen über das Sachregister gut zugänglich. Hilfreich ist auch das Personenregister, das jedoch die Autoren der in den Anmerkungen aufgeführten Literatur nicht erfasst, was auch deshalb ungünstig ist, weil ein Literaturverzeichnis fehlt. Es gibt jedoch auch inhaltliche Kritik: Gerade vor dem Hintergrund des Anspruchs, eine aktuelle politische Ethik „im Umbruch des modernen Staates“ vorzulegen, fehlen m. E. zwei wichtige Aspekte: Zwar sind einige internationale Bezüge, v. a. hinsichtlich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und der Migration kurz angesprochen, jedoch fehlt erstens eine systematische Reflexion über die Auswirkungen der Globalisierung auf die Stellung des Nationalstaates, der in Zukunft seinen politischen Gestaltungsanspruch nur über eine verstärkte internationale Kooperation und die damit notwendige Abgabe von Souveränität wird zurückerlangen können. Der Ausgangspunkt vom „Primat der menschlichen Person“ hätte eine intensivere Reflexion über die Frage nötig gemacht, wie solch übernationale „Governance“ noch am Wohl der Einzelnen orientiert und demokratisch legitimiert werden kann. Zweitens kommen die neuesten Entwicklungen im Bereich sozialer Medien zu kurz. Die mit ihnen verbundene Segmentierung der Öffentlichkeit erschüttert unser bisheriges optimistisches Verständnis von Demokratie, da die Annahme, „öffentlicher Vernunftgebrauch“ (Kant) sei ein Garant für Rationalität, unter diesen Bedingungen so nicht mehr stimmt. Deshalb bin ich auch erheblich skeptischer gegenüber der Forderung von K. nach mehr direkter Demokratie. Das Erstarken der AfD und des Rechtspopulismus spielt in diesem Buch noch eine zu geringe Rolle.

Über den Autor:

Gerhard Kruij, Dr., Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Mainz (kruij@uni-mainz.de)